

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 300

31. Dez. 2003

10. Jahrgang

Rückblick auf 4 Jahre Portillo-Regierung

Der Abschluss des Jahres fällt diesmal in etwa mit dem Abschluss der Regierungszeit von Präsident Alfonso Portillo Cabrera zusammen, der am 14. Januar 2004 den Stab an seinen Nachfolger Oscar Berger übergeben wird. Vier Jahre hatte Portillo Zeit zu realisieren, was er der Realisierung für würdig befand. Der folgende Artikel, der auf einer Publikation von Edwin Pérez des Nachrichtenblattes *Incidencia democrática* vom 6. November fusst, gibt einen Überblick über das Tun und Lassen des Präsidenten Guatemalas in den letzten vier Jahren.

Die Wahl von Alfonso Portillo zum Präsidenten im Jahr 1999 war sowohl für ihn wie auch für die Partei *Frente Republicano Guatemalteco* (FRG), die ihn als Kandidaten aufstellte, ein leichtes Spiel. Die FRG gewann gleichzeitig die Mehrheit im Kongress, was ihr in den letzten vier Jahren erlaubte, zu tun und zu lassen, wie ihr beliebt.

Die Wahl eines Präsidenten, der sich nicht mit dem traditionellen Kapital identifizierte, weckte in vielen GuatemalteKinnen grosse Hoffnungen und Erwartungen, was Portillo in seiner Wahlkampagne (und später als Präsident) auszunutzen und zu manipulieren wusste. Doch die Freude in Guatemala war von kurzer Dauer – während die internationale Gemeinschaft etwas länger brauchte, um ihre ersten Zweifel zu äussern. Wenige Monate reichten, um die Situation im Land zu verkomplizieren und in den Jahren zuvor geöffnete Spielräume wieder zu schliessen: Konfrontation, Vorherrschaft und Nicht-Respektieren der Gesetze wurden zu den Markenzeichen der Regierung unter Portillo.

Heute, wenige Tage vor dem Abtreten Portillos, können drei Schlüsse gezogen werden.

Erstens: Die Regierung FRG hatte nie ein Interesse gezeigt, auf die Forderungen der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen einzugehen, auch wenn Portillo in seinen Diskursen immer das Gegenteil behauptete. Weder in der Landfrage, noch in der Migrationspolitik, noch in Sachen Erziehung und Gesundheit oder Wohnbauförderung, etc. hat die Regierung Portillo substantiv Veränderungen bewirkt. Im Gegenteil: Die sozialen Probleme haben sich zum Teil drastisch verschärft.

Zweitens: Weder Portillo noch die FRG zeigten je den Willen, die Friedensabkommen umzusetzen und als Staatsabkommen zu verankern. Die Auflösung des *Präsidentialen Sicherheitsstabs* (EMP) war eines seiner grossen Wahlversprechen, eingelöst hat er es zwei Monate vor der Regierungsübergabe. Dabei wird diese „Auflösung“ von vielen AnalytikerInnen bloss als „Verschiebung“ bezeichnet, werden doch zahlreiche ehemalige EMP-Angestellte und Aufgaben vom nachfolgenden zivilen *Sekretariat für soziale Verwaltungsangelegenheiten* übernommen. Gänzlich gegen die Friedensabkommen verstösst die Entschädigung der ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) acht Jahre nach ihrer offiziellen Auflösung, während die zivilen Opfer des bewaffneten Konflikts und deren Hinterbliebene bisher leer ausgegangen sind.

Drittens: Die Übernahme der Regierung FRG bedeutete

für das Land einen signifikanten Rückschritt in Sachen Menschenrechte, Drogenbekämpfung, Bekämpfung des Schmuggels und der Korruption, ebenso wie in Sachen ökonomisches Wachstum und ebnete den Weg für eine erneute Militarisierung der Sicherheit. In der Sicherheitsfrage ist die FRG wohl am meisten gescheitert, war dies doch ihr trojanisches Pferd während der Wahlkampagne 1999.

Sicherheit: In den vier Jahren seiner Amtszeit hat Alfonso Portillo viermal den für die Sicherheit zuständigen Innenminister ausgewechselt. Das hatte jedes Mal auch einen Wechsel in der Polizeiführung, im Gefängniswesen und im ganzen Sicherheitskabinett zur Folge, weshalb sich nie eine wirkliche Sicherheitspolitik etablieren konnte.

Einer dieser Innenminister war Byron Barrientos, der wegen der Unterschlagung von 90 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 11,25 Mio.) angeklagt ist, ein Verbrechen, das immer noch in der Straflosigkeit schwebt, derweil Barrientos bis zum Schluss der Regierungszeit Portillos seinen Sitz im Kongress innehat. Unter den Wechseln im Innenministerium hat auch die Ausbildung der Polizeikräfte gelitten: Im Moment hat Guatemala 21'000 PolizistInnen, von denen ca. 15'000 für die Sicherheit der BürgerInnen zuständig sind. Gemäss der UN-Mission für Guatemala MINUGUA müssten jährlich 2'000 neue PolizistInnen die Polizeiakademie verlassen und den Dienst antreten. Im Moment sind es 900 pro Jahr. Dies ist auf das mangelnde Budget zurückzuführen, mit dem die Polizei wirtschaftet.

Rund 1'200 Polizeifahrzeuge (von den insgesamt 2'460) stehen defekt herum und können mangels Geld nicht repariert werden. Ähnlich steht es um die Waffen der Polizeikräfte. Monatlich gehen 80 Anzeigen gegen korrupte PolizistInnen ein, im Vergleich zu monatlich 14 im Jahr 2001.

Erinnert sei auch an die Flucht von 79 Gefangenen aus einem Hochsicherheitsgefängnis im Sommer 2002, die mit der Verhaftung oder Ermordung der Anführer dieses Ausbruchs endete. Die Situation in den Gefängnissen hat sich aber deshalb nicht verändert. Aufstände, Waffen- und Drogenhandel bis hin zu Kannibalismus sind an der Tagesordnung. Überfälle, Morde, Entführungen und ähnliche Aktivitäten des organisierten Verbrechens haben zu-

genommen, die Verwicklung von Regierungsmitgliedern in solche Verbrechen wurde verschiedentlich nachgewiesen.

Infrastruktur: Ein grundlegender Fehler der FRG-Regierung war die Ernennung von Luis Rabbé zum Verkehrs- und Kommunikationsminister. Rabbé wurde wegen seiner Ineffizienz, aber viel mehr noch wegen der Vetternwirtschaft, die er bei der Vergabe von Bauaufträgen praktizierte, abgesetzt. Mehrfach vergab er Aufträge ohne vorherige Ausschreibung an Firmen, die erst kürzlich oder nur auf dem Papier gegründet worden waren. Zu den Skandalen von Rabbés Ministerzeit gehören bezahlte, jedoch nie fertig gestellte Strassen, die eingestürzte Brücke "Villalobos", eine Zunahme der Wohnungsnot und eine Menge Schulden gegenüber Auftragsfirmen.

Seit Flora de Ramos das Ministerium übernommen hat, ist dieses quasi in einen Dornröschenschlaf verfallen, zwar fliegen keine Skandale mehr auf, aber das Ministerium zeichnet sich auch nicht durch namhafte Projekte aus.

Drogenhandel: In den ersten drei Jahren der FRG-Regierung ging die Beschlagnahmung von illegalen Drogen drastisch zurück. Ende 2002 schien Guatemala nicht nur ein ideales Durchgangsland sondern auch ein perfekter Lager-, Verarbeitungs- und Umschlagplatz für Drogenhändler zu sein.

Solange, bis die Vereinigten Staaten Guatemala die Zertifizierung entzogen und das Land beschuldigten, die US-amerikanische Drogenbekämpfungspolitik nicht zu unterstützen. Von diesem Moment an und fast wie durch Zauberhand flogen ein um der andere Drogenring und Lagerplatz auf, und es wurden Drogen, Waffen und Fahrzeuge in Millionenwert beschlagnahmt. Interessanterweise werden aber immer nur die mittleren und kleineren Fische verhaftet, weshalb die Vermutung nahe liegt, dass es Beziehungen zwischen den Drogenbossen und Regierungsmitgliedern gibt. Als Folge davon haben die Vereinigten Staaten verschiedenen ehemaligen und aktuellen guatemalteken Regierungsgliedern das Visum entzogen, mit der Begründung, sie seien in Geldwäsche und illegale Geschäfte verwickelt.

Erziehung: In diesem Bereich sind ausschliesslich rote Zahlen zu verzeichnen. Am meisten leiden darunter die Kinder, die keine LehrerInnen mehr haben oder keine Schulmahlzeiten mehr erhalten. Die ersehnten Lebensmittel mach-

ten eine Pilgerreise vom Erziehungsministerium über den Vizepräsidenten, das Landwirtschaftsministerium bis hin zum Präsidentialen Sicherheitsstab EMP, niemand schien zuständig zu sein.

Das Schulsystem ist nach wie vor mangelhaft, der Alphabetisierungsplan ist jämmerlich gescheitert, die Schulreform kommt im Schneckentempo voran, mit mehr Rückschritten denn Erfolgen.

Militär: Das Militär ist noch ähnlich präsent und territorial verbreitet wie zu Zeiten der Aufstandsbekämpfung. Als Erfolg kann sicher die Übergabe der Schule Pedro Molina in Chimaltenango an die Zivilbevölkerung verzeichnet werden. Diese Schule hat jahrelang als Kaserne gedient. Ein kleiner Trost im Vergleich zu den Millionentransfers, die im Verlauf der Regierung Portillos von anderen Ministerien ans Verteidigungsministerium getätigt wurden.

Portillo und die FRG haben das Militär für ihre eigenen Interessen und Zwecke zu nutzen gewusst. Erinnerung sei an die Degradierung von 30 Generälen zu Beginn der Regierungszeit Portillos, das Umgehen sämtlicher Hierarchien mit dem Ziel, den Sohn von Ríos Montt in eine hohe militärische Position zu erheben. Seine Karriere endete brüsk im Sommer 2003, als ein Skandal im Zusammenhang mit dem Institut für Militärpensionen aufflog sowie wegen seiner Rolle an den unter den Namen „Jueves negro“ („Schwarzer Donnerstag“) und „Viernes de Dolor“ („Freitag des Schmerzes“) bekannt gewordenen, gewalttätigen Ereignissen im Rahmen der FRG-Wahlkampagne vom 24. und 25. Juli.

Wirtschaft: Zu den nennenswerten Erfolgen in diesem Bereich können die Implementierung einiger Gesetze genannt werden, sowie die makroökonomische Stabilität und das Erreichen, dass gewisse grosse Unternehmer Steuern bezahlen. Wobei dies nicht so sehr Erfolge des Präsidenten der Nation sind, sondern vielmehr des Präsidenten der Nationalbank.

Gleichzeitig ist aber ein Rückgang ausländischer Investitionen zu verzeichnen, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Schliessung von Firmen sowie die Zunahme des Schmuggels.

Der grösste Wirtschafts-Irrtum der Regierung Portillo war, den sich auf dem besten Weg befindenden Steuerpakt über den Haufen zu werfen. Während seiner ganzen Regierungszeit stand Portillo in ständiger Auseinandersetzung mit dem Unternehmenssektor, dem er vorwarf, wegen der Steuerhinterziehung

Schuld am sozialen Elend zu sein, und mit dem er sich in einen legalen Krieg verstrickte, mit dem Resultat, dass ihm keine Zeit übrig blieb, eine griffige Steuerpolitik durchzusetzen.

Korruption: Die Liste der Korruptionsfälle, in die Mitglieder der FRG-Regierung involviert sind, ist lang. Erwähnt seien hier nur einige, die es über längere Zeit auf die Titelseiten der guatemalteken Zeitungen schafften:

Die bereits erwähnten Skandale im Verkehrs- und Kommunikationsministerium (MICIVI) und im Innenministerium, die Hinterziehung von rund 350 Mio. Quetzales durch den Vorstand des Sozialversicherungsinstituts IGGS, angeführt von Carlos Wohler, der noch heute Vorsitzender des FRG-Ehrengerichts ist. Erinnerung sei auch an die Bankkonten von Präsident Portillo und Vizepräsident Reyes López in Panama, ein Korruptionsfall, der stillschweigend in den Schubladen der Justiz verschwunden ist.

Politik: Unter dieses Stichwort fällt der Regierbarkeitspakt, den Portillo mit den verschiedenen Sektoren schloss und nie einhielt, und dessen Umsetzung er an seinen Nachfolger vererbt.

Dafür befand er sich in einem ständigen Streit mit der Presse, dem Unternehmenssektor und anderen Gruppierungen, die ihn auf die eine oder andere Weise unter Druck setzten. Der Verschleiss des Präsidenten ging so schnell vonstatten, dass es schon bald nach seiner Amtseinsetzung hiess, nicht er führe die Geschäfte des Landes, sondern sein Vizepräsident sowie Kongress- und FRG-Parteipräsident Efraín Ríos Montt.

Wir können also den ernüchternden Schluss ziehen, dass Guatemala wenige Tage vor dem Regierungswechsel schlimmer dasteht als vor vier Jahren. Und dabei haben wir das Thema der parallelen Strukturen, die Menschenrechtsverletzungen, die von ihnen ausgehen, die fortschreitenden und zunehmenden Probleme in der Landfrage, und vieles andere noch nicht einmal erwähnt.

Eine Lehre hat die Bevölkerung aus den letzten vier Jahren sicher gezogen. Dies zeigte das klare NEIN zu Ríos Montt in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 9. November.

Das Erbe, das Oscar Berger am 14. Januar antritt, ist ein schwieriges, und wenn er es nicht schafft, in den ersten Monaten eine spür- und sichtbare politische Veränderung einzuleiten, werden wir wohl in vier Jahren eine ähnliche Bilanz ziehen.

Und die Präsidentschaft geht an...

Guatemala, 29. Dez. Mit 54,1% der abgegebenen Stimmen konnte Oscar Berger laut der ersten Hochrechnungen von 94,2% der ausgezählten Stimmen am vergangenen Sonntag, 28. Dezember, in der zweiten Runde die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden. Der Kandidat des Parteien-Bündnisses *Grosse Nationale Allianz* (GAN) wird nun als Nachfolger von Alfonso Portillo am 14. Januar 2004 die Regierungsführung Guatemalas für die nächsten vier Jahre übernehmen. Sein Kontrahent Álvaro Colom, Kandidat der Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), erhielt beim entscheidenden Wahldurchgang 45,8% der Stimmen.

Auf dieses Ergebnis deutete bereits die letzte Umfrage hin, die von den Tageszeitungen *Prensa Libre*, *el Periódico*, *Nuestro Diario* und dem Fernsehkanal *Guatevisión* zwei Tage nach der ersten und einzigen „Wahldebatte 2003“ zwischen den beiden Kandidaten am 15. Dezember durchgeführt worden war. Demnach waren 59,3% der wahlberechtigten Guatemalteken dazu entschieden, Oscar Berger zum Präsidenten zu wählen, während 40,7% Álvaro Colom ihre Stimme geben wollten. Somit scheinen die Analysten mit ihrer Vermutung Recht zu haben, dass die erwähnte Debatte keine nennenswerte Bedeutung im Rahmen der Wahlkampagne eingenommen hat.

Diese war von der *Vereinigung der Geschäftsführer von Guatemala* (AGG) organisiert, von 2'600 Anwesenden di-

rekt und offensichtlich über die öffentlichen Medien von einem Teil der guatemalteken Bevölkerung mit verfolgt worden. Vor allem das aus Berger- und Colom-AnhängerInnen bestehende Publikum spielte wohl insofern eine bedeutende Rolle, als es mit Buh-Rufen, Pfiffen und gar Beleidigungen gegen die Kandidaten für Präsidentschafts- und Vizepräsidentenposten die Veranstaltenden zur Unterbrechung zwangen, um für Ruhe zu sorgen. Der Analyst Erwin Pérez sieht in diesem Verhalten eine Reaktion auf die konfrontative und wenig gehaltvolle Umgangsart und -weise der Gegner in dieser Wahlkampagne.

Im ersten Teil bereiteten die Vizepräsidentenandidaten Eduardo Stein von der GANA, der mit konkreten Vorschlägen wie der Reform der Wahl- und Parteiengesetze überzeugte, sowie Fernando Andrade Díaz Durán von der UNE, der sich auf das Erinnern der Geschichte beschränkte, den Auftritt der Präsidentschaftskandidaten Berger und Colom vor. Diese äusserten sich schliesslich zu den Themen Bildung, Sicherheit und Wirtschaft, bekundeten laut Analysten jedoch lediglich bereits bekannte Allgemeinheiten und liessen eine wirklich Debatte vermissen.

Beide Kandidaten sprachen von einer Erweiterung der Flächendeckung im Bildungssektor und Stärkung des entsprechenden Etats. Im Wirtschaftssektor stimmten sie erwartungsgemäss in den Aspekten überein, keine Steuererhöhungen und stattdessen die Wiederaufnahme des von Portillo links liegend gelassenen Steuerpakts anzukündi-

gen. Während Colom die Aufhebung der Steuern für Handels- und Agrarunternehmen (IEMA) anbot, betonte Berger seine Absicht, keine staatlichen Unternehmen zu privatisieren. Zum Thema Sicherheit plant Berger, eine Sicherheitspolitik gegen das organisierte Verbrechen, die Maffias und den Drogenhandel zu entwerfen, die Staatsstrukturen dementsprechend zu säubern und nötigenfalls Generalstaatsanwalt Carlos de León seines Amtes zu entheben, sollte dieser seine Aufgaben nicht erfüllen. Als seinen „Verteidigungsmann“ nannte Berger Otto Pérez, pensionierter General und ehemaliger Chef von Geheimdienst (1992) und Präsidialem Generalstab (EMP) (1993-95).

Colóm nahm mit seinen Sicherheitsvorschlägen - der Verkündung von Belagerungs- und/oder Ausnahmezustand zur Bekämpfung der Kriminalität - noch deutlicher Kurs in Richtung Nationaler Sicherheitsdoktrin. Analysten spekulierten, dass er damit die AnhängerInnen von Ríos Montt für sich gewinnen wollte, die in Sachen Sicherheit für eine „harte Hand“ plädieren. Gleichzeitig postulierte Colom Adela Torrebarte von der derzeit repräsentationsstärksten zivilen Organisation der Opfer von Entführungen, *Madres Angustiadadas*, als potentielle Sicherheitsfrau der UNE.

Ein anderer Aspekt einte wiederum beide Kandidaten: bei keinem von ihnen war die Rede davon, die Friedensverträge als Priorität in seine Regierungsagenda aufnehmen.

Bleibt abzuwarten, was Berger von dem Präsentierten nun realisieren wird.

Erste Zahlen

Guatemala, 29. Dez. Bei einer Wahlbeteiligung, die mit rund 49% etwas niedriger als in der ersten Wahlrunde vom 9. November (rund 56%) sowohl das *Höchste Wahlgericht* (TSE) als auch nationale und internationale RepräsentantInnen zufrieden stellte, wird von den Verantwortlichen damit gerechnet, dass das erste Mal in der Geschichte Guatemalas beide Präsidentschaftskandidaten der zweiten Runde mehr als 1 Million Stimmen der wahlberechtigten BürgerInnen erhielten. Um 0:30 Uhr am Sonntagabend, als das oben genannte Ergebnis in einer Pressekonferenz des TSE als entscheidendes bekannt gegeben worden war, zählten die Stimmen für Oscar Berger bereits 1 Mio. 177'797, die für Álvaro Colom 996'748.

Wie bereits in der ersten Runde, verhalfen schon die Stimmen in der Hauptstadt und im Departement Guate-

mala dem GANA-Kandidaten Berger zum entscheidenden Gewicht, der auch in den Departements Baja Verapaz, Alta Verapaz, Zacapa, Chiquimula, Jalapa, Jutiapa und Quetzaltenango triumphierte.

Bis auf wenige kleinere Zwischenfälle, wie vornehmlich provoziertes Verkehrschaos, verlief der Wahlsonntag im Gegensatz zur ersten Runde im ganzen Land ruhig ab. Auch in den vier Orten Quesada, Departement Jutiapa, El Quetzal (San Marcos), Cuyotenango (Suchitupéquez) und La Gomera (Escuintla), in denen aufgrund von Randalen die komplette Wahl (inkl. Bürgermeistereien etc.) wiederholt wurde, wird von keinen nennenswerten Störungen berichtet.

Colom, der zwar in 14 Departements mehr Stimmen als Berger erhielt, wollte das endgültige Ergebnis der Auszählungen abwarten, bevor seine Niederlage kommentiere.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Christiane Treeck

Heimstrasse 7

D- 10965 Berlin

Tel. ++49 (0)30/ 6150 7160

E-Mail:

c-tree@gmx.net

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

"Zweite Runden" gehören zur Wahlgeschichte

Guatemala, 27. Dez. Laut Experten zeige die jüngere Geschichte des Landes, dass keiner der Kandidaten je in der ersten Runde die Präsidentschaft gewonnen hat. Einen der Gründe dafür sehen sie in der grossen Anzahl der Parteien, die an den Wahlprozessen teilnehmen, wie es auch in diesem Jahr geschehen ist.

1985 schlug Vinicio Cerezo der Christdemokraten (DCG) in den Wahlurnen Jorge Carpio Nicolle von der inzwischen aufgelösten *Nationalen Einheit des Zentrums* (UCN), nachdem keiner der beiden in der ersten Runde überzeu- gen konnte.

1990 wiederholte sich die Geschichte: Keine der Parteien erhielt im entschei-

denden politischen Kampf ausreichend WählerInnenstimmen, um die zweite Runde zu vermeiden. In diesem Fall war es der aus den vorherigen Wahlen bekannte Carpio Nicolle, der jedoch, trotz Favoritenstatus, von Jorge Serrano Elías von der *Bewegung der solidarischen Aktion* (MAS) übertrumpft wurde. Aufgrund eines Selbstputsches wurde Serrano Elías vor Ende seiner offiziellen Amtszeit durch Ramiro de León Carpio ersetzt.

Bereits 1995 gelangte der aktuelle Präsident Alfonso Portillo für die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) gemeinsam mit Alvaró Arzú von der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) in die zweite Wahlrunde, aus der letzte-

rer als Präsident hervorging. Obwohl 1999 geglaubt wurde, dass Portillo mit überwältigender Mehrheit die Wahlen gewinnen würde, musste er sich dennoch in einer zweiten Runde seinem Kontrahenten Oscar Berger, dazumal Kandidat der PAN stellen, um schliesslich die Regierungsführung zu übernehmen.

Da auch bei den laufenden Wahlen in der ersten Runde weder Oscar Berger, dieses Mal Kandidat für die *Grosse Nationale Allianz* (GAN) noch Álvaro Colom von der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) mehr als 50% der Stimmen erhielten, ist die zweite Runde notwendig, um eine eindeutige Entscheidung zu erreichen.

Rückwärtsgang in Sachen Haushalt

Guatemala, 17. Dez. Die Billigung des Generalstaatshaushaltes 2004, die die Autorisierung eines Maximaletats über rund 33,03 Mrd. Quetzales (US-\$ 4,13 Mrd.) vorsah (vgl. ¡Fijate! 298), wurde letztendlich aufgrund fehlendem Quorum suspendiert. Von den 113 Kongressangehörigen waren zum letztmöglichen Zeitpunkt der geplanten Abstimmung am 30. Nov. nur 40 zugegen. Somit wird gemäss der Verfassung für das kommende Jahr der gleiche Haushalt veranschlagt, der für 2003 Gültigkeit hatte und rund 29,7 Mrd. Quetzales betrug. Gut zwei Drittel davon sollen aus den staatlichen Steuereinnahmen gedeckt werden. Auch die jeweiligen Ressortetats werden dem Vorjahr entsprechend zugeteilt.

Den nächsten Regierungsautoritäten ist zu raten, einen effizienteren Mechanismus zur Steuererhebung zu entwerfen, denn schon prognostiziert die Steuerbehörde (SAT) ein Steuerdefizit von 1 Mrd. Quetzales, die per Darlehen oder auch der Emission der im Rahmen der Entschädigungszahlungen der ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC) im Laufe des Jahres berühmt-berüchtigt gewordenen Friedensanleihen aufgebracht werden müssen. Mit dem Aufrechterhalten des Haushaltes von 2003 für das kommende Jahr geht ein Steuerdefizit von 3% des BIP einher, das somit um 0,9 % unter dem bleibt, was die Verabschiedung des ursprünglich für 2004 vorgesehenen Etats bedeutet hätte.

In einer Eilaktion wurde mit 93 Stimmen dafür mittels des Dekrets 56-2003 auch der Vorschlag aufgehoben, laut dem Abgeordnete, (Vize-)Präsidenten, gewählte oder designierte Staatsangestellte für Gerichte, Institutionen oder andere öffentliche Ämter eine Gehaltserhöhung, Abfindungen oder erhöhte Zusatzleistungen für die abgeleistete Dienstzeit erhalten sollten (vgl. ¡Fijate! 299).

TLC: Unvermeidbare Tatsache?

Washington, USA, 18. Dez. Die Vereinigten Staaten und vier zentralamerikanische Länder haben nun ein „historisches Freihandelsabkommen“ erreicht, so die entsprechenden HandelsministerInnen der Länder nach der neunten und somit letzten Runde der Marathon-Verhandlungen in Washington, USA. Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua sind demnach Handelspartnernationen der USA im Abkommen, TLC auf Spanisch, CAFTA für seine englische Version. Trotz der Schwierigkeiten und bis zuletzt bestehenden Unstimmigkeiten hinsichtlich einiger Themen wie Textilindustrie, Landwirtschaft, Dienstleistungen und Intellektuelles Eigentum begünstigt das Übereinkommen laut US-Handelsvertreter Robert Zoellick beide Seiten. Doch mehr als fraglich ist diese Begünstigung, die eine sofortige Zollaufhebung für die Hälfte der US-amerikanischen Agrar-Exporte nach Zentralamerika, darunter Fleisch, Baumwolle, Weizen, Soja, Obst und Gemüse, Mais, verarbeitete Produkte sowie Milchprodukte, vorsieht, während die mittelamerikanische Region einen legalen Rahmen entwerfen wird, um den nordamerikanischen Investitionen mehr Sicherheit zu bieten. Im Gegenzug haben die USA 15 Jahre Zeit, um laut Plan die Mehrheit ihrer Agrarzölle aufzuheben.

In den letzten Wochen vor der finalen Verhandlungsrunde waren die Kritik und der Zweifel an diesem Freihandelsprojekt sowohl im Industrie- als auch privaten Sektor doch noch vehementer geworden. Aber der Antrag von zentralamerikanischen Gruppen auf ein Moratorium, um das Abkommen zu stoppen, hatte aufgrund der Absicht der USA keinen Erfolg, Druck auszuüben und mit Hilfe des TLC die Grundlage für das ebenfalls sich im Prozess befindende Projekt der panamerikanischen Freihandelszone ALCA (bzw. FTAA auf Englisch) zu setzen, so nationale und inter-

nationale AnalystInnen.

Laut Luis Carrillo der guatemalteki- schen Sozialforschungsvereinigung ASIES haben die guatemalteki- schen VerhandlerInnen das Abkommen unterschrieben, ohne zu beachten, dass bislang gar keine internen komplementären Massnahmen für dieses Projekt ergriffen wurden. Doch schliesslich obliege es ja der neuen Administration, sich den aufgenommenen Verpflichtungen zu stellen. Mangelhafte Sicherheitsbedingungen, fehlende Anpassung der Zollbestimmungen, abgenutzte Strassen und Instabilität der Geschäftssituation machen offensichtlich, dass das TLC sich allein wegen politischer Zwecke durchsetzte und nicht der potentiellen Absicht der aktuellen Regierungsführung entsprach, die nationale Entwicklung des Landes voranzutreiben.

Im Laufe der die letzte Verhandlungsrunde vorbereitenden Sitzungen in Honduras hatten sich die vier genannten Länder Zentralamerikas aufgrund der Weigerung der USA bezüglich regionaler Zugeständnisse auf bilaterale Vereinbarungen mit dem "grossen Bruder" verlegt, was Costa Rica, das ursprünglich auch zur TLC-Gruppe gehörte, dazu veranlasste, sich vom Verhandlungstisch zurückzuziehen.

Innerhalb der nächsten 90 Tage soll laut US-RepräsentantInnen das endgültige TLC-Dokument durch den US-amerikanischen Kongress an die jeweiligen nationalen Parlamente weitergereicht werden, denen dann allein die Ratifizierung oder grundlegende Ablehnung möglich ist, Veränderungsvorschläge können dann nicht mehr vorgebracht werden. Bereits jetzt kündigen die guatemalteki- schen Verantwortlichen Verzögerungen hinsichtlich des Ratifizierungsprozesses an: Die Opposition einiger Sektoren lässt sich offensichtlich doch nicht so leicht zum Schweigen bringen.

Die Zukunft Guatemalas: Kinder

Guatemala, 01. Dez. Guatemala weist eine der höchsten Raten an Unterernährung, Fehlen in und Abbrechen der Schule, Kindersterblichkeit und Analphabetismus auf dem amerikanischen Kontinent auf, so ein Bericht des *Fonds der Vereinten Nationen für die Kindheit* UNICEF. Diesem zufolge belaufen sich die Zahlen der Mädchen und Jungen im schulfähigen Alter und ohne Zugang zu Bildungseinrichtungen auf 657'233. Währenddessen fehlt es für 400'000 Kinder unter fünf Jahren an einer grundlegenden Gesundheitsversorgung – die Rate der infantilen chronischen Unterernährung beträgt 48,8% - 500'000 Heranwachsende leben in extremer Armut („Etat“ von weniger als US-\$ 1,- am Tag) derweil 326'095 Jugendliche ohne jeglichen (rechtlichen) Schutz arbeiten. Im Jahr 2002 kamen zudem 6'792 Personen im Alter zwischen 0 und 19 Jahren gewaltsam zu Tode, vom innerfamiliären Missbrauch ganz zu schweigen.

Ursachen für diese katastrophale Situation werden in der niedrigen staatlichen Investition in die Bereiche Gesundheit, Bildung, Ernährung und Schutz der Kindheit gesehen.

Die Extreme Armut, der sich viele Familien gegenübersehen, zwingt die Minderjährigen dazu, Müll zu sammeln, Feuerwerkskörper herzustellen oder in der Strasse zu betteln, womit sie jeden Tag neu ihr Leben in Gefahr bringen.

UNICEF stellte nun auch den Präsidentschaftskandidaten Berger und Colom sowie dem Grossteil der kürzlich neu gewählten BürgermeisterInnen den Vorschlag zu *Grundlegenden Verpflichtungen der Nation mit der guatemaltekischen Kindheit und Jugend (2004-2007)* vor, mittels dem den genannten Zuständen Abhilfe geschaffen werden soll. Dieser Vorschlag ist der dritte Teil des UNICEF-Programms „Guatemala investiert in seine Kindheit und Jugend“. Zu den aufgestellten Verpflichtungen

gehören ein ausreichendes Bildungsangebot, medizinische Versorgung für Kleinkinder und schwangere Mütter, Zugang für alle zu medizinischen Genetika, Ernährungsunterstützung, Hungervorsorge, legaler Schutz vor kindlichem Missbrauch und ebensolcher Ausnutzung sowie ein ganzheitlicher Schutz für die 200'000 Jugendliche in den Städten, die Opfer von kriminellen Banden werden.

Die Länder, die nicht in ihre Kinder investieren, vernachlässigten ihre Zukunft, aufgrund dessen hänge die einheitliche Entwicklung jeden Staates von der Aufmerksamkeit ab, die er den zukünftigen Erwachsenen schenkt, so das UNICEF-Dokument.

Im Vergleich zum lateinamerikanischen Durchschnitt von 4,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wendet Guatemala nur 2,4% seines BIP für Bildung und 1,3% für die Gesundheitsversorgung seiner Bevölkerung auf.

Auf einen unfallfreieren Jahreswechsel

Guatemala, 04. Dez. Die lokalen Feuerwehrcorps (BM) führen im vierten Jahr in Folge den „Plan Bethlehem“ durch, mittels dem die Zahl der Unfälle aufgrund der Herstellung, dem Transport und dem Gebrauch von Feuerwerkskörpern reduziert werden soll, die in ihrer Mehrheit von Jungen und Mädchen verarbeitet werden. Als Beispiel nennt Eugenio Zapata, technischer Direktor der BM, den Verwaltungsbezirk San Raymundo, Sacatepéquez, in dem 98% der Haushalte sich der Fabrikation von Feuerwerksraketen widmen. Durch den Familienbetrieb sind selbst Jungen und Mädchen im Alter von rund 7 Jahren an der Produktion beteiligt.

Laut Zapata starben bis 2001 durchschnittlich 85 Personen in der Zeit gegen Ende des Jahres eben wegen Vorfällen in Zusammenhang mit pyrotechnischen Spielen, durch die im Schnitt zudem 300 Personen verletzt wurden.

Im Rahmen des Aufklärungs- und Schutzprogramms werden die meist minderjährigen HerstellerInnen hinsichtlich Handhabung und Löschmassnahmen unterrichtet. Auch diejenigen, die eine Verkaufsgenehmigung haben, sollen an den Kursen teilnehmen, so Zapata.

Die Zahl der Unfälle habe seit Beginn des Programms bereits deutlich abgenommen. Neben den Feuerwehrcorps gehören auch das Arbeitsministerium, das Sozialversicherungsinstitut (IGGS), die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) sowie die Verwaltung der Hauptstadt zu den Durchführenden des Programms.

Tausende von Jungen und Mädchen im Raum Sacatepéquez wurden nun durch das „Regierungsprogramm zum

Stopp der Kinderarbeit in der Pyrotechnik-Industrie“ bedacht, das von der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO), dem *Sekretariat der Präsidentengattin für Soziale Projekte* (SOSEP) sowie von den Ministerien für Bildung, Gesundheit, Arbeit und Sozialvorsorge durchgeführt wurde. Präsident Alfonso Portillo nebst Ehefrau Evelyn überreichten in einer Schule höchstpersönlich Weihnachtsgeschenke an die Jungen und Mädchen, die sich von der Kinderarbeit zurückgezogen hatten und nun zur Schule gehen.

Vornehmlich im Raum Sacatepéquez konzentriert sich zu 90% die Produktion von pyrotechnischen Spielen für die ganze Nation. Hier gibt es mehr als 7'700 Werkstatt-Haushalte, die dieser Art des Kunsthandwerks unter minimalen Sicherheitsstandards nachgehen. Unfälle haben neben Verbrennungen auch den Verlust von Organen und eben den Tod zur Folge.

Zu dem oben genannten Aufklärungsprogramm durch die Feuerwehrcorps gehören in Kooperation mit den Gemeinden erarbeitete Projekte zur Sensibilisierung, Schul- und Gesundheitsversorgung und Arbeitsplatzbeschaffung. Auf diese Weise werden derzeit 16 Schulen unterstützt, während 3'000 Mädchen und Jungen durch das Programm *Stipendien für den Frieden* im November, dem Hauptproduktionszeitraum der Feuerwerkskörper der Schulbesuch ermöglicht wurde.

Zudem wurden zwei Fabriken für Knallkörper aufgebaut, in denen Sicherheits- und Qualitätsstandards eingeführt sind und 30 Familien sowie mehr als 150

Kinder begünstigt werden. Kinderbetreuung für arbeitende Mütter und Kredit- und Weiterbildungsprojekte in unterschiedlichen Gewerbebereichen stehen den Arbeitenden zur Verfügung.

Waffenruhe?

Zacapa, 20. Nov. Die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) zeigt sich beunruhigt über die Verbreitung von Waffen bei Minderjährigen. Aufgrund dessen startete sie nun eine Sensibilisierungskampagne für die Eltern der Jugendlichen bezüglich der Verantwortung und der Gefahr, die das illegale Tragen von Waffen bedeutet, so Kommissar Adán Castillo. Castillo teilte mit, dass im Oktober 17, in den ersten zwei Novemberwochen allein 10 Feuerwaffen bei Minderjährigen beschlagnahmt worden sind. Es vermehren sich die Anzeigen durch Lehrkräfte wegen bewaffneten SchülerInnen im Unterricht. Man befürchtet, dass diese die aus anderen Ländern bekannt gewordenen bewaffneten Attacken in den Bildungszentren imitieren könnten.

Castillo zählt die Dominanz der Gewaltkultur im Raum Zacapa zu den Ursachen des Phänomens, zu denen sich die Präsenz von Drogenkartellen und dem organisierten Verbrechen gesellen, deren Anführende den Jugendlichen bessere Lebensbedingungen versprechen würden. Für die nächsten Wochen plant die lokale PNC ein Überwachungsprojekt, während dem in „Blitzaktionen“ an bestimmten Punkten in der Stadt illegale Waffen beschlagnahmt werden sollen.

Sieben Jahre Friedensverträge

Guatemala, 26. Dez. Sieben Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge sind wenige Fortschritte hinsichtlich der zehn Abkommen zu spüren, die zwischen dem 29. März 1994 und dem 29. Dezember 1996 unterschrieben wurden. Am letztgenannten Datum wurde nach 36 Jahren internen Bürgerkriegs die *Vereinbarung über den Zeitplan der Implementierung, Erfüllung und Verifikation der Friedensverträge* verabschiedet und das letzte *Übereinkommen des stabilen und dauerhaften Friedens* besiegelt.

Die Verträge verpflichteten die unterzeichnenden Seiten - die Regierung, damals unter PAN-Führung, die in der Partei *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) anerkannten Guerilla-Kader und als Schirmherrin die UN-Mission für Guatemala MINUGUA - bestimmte quantitative Ziele und legale Reformen anzustreben. Viele von diesen sind bislang nicht erfüllt, während andere, bezüglich derer erste Schritte getan wurden,

in ihren Fortschritten fragwürdig bleiben.

So war beispielsweise vorgesehen, bis 2000 (vor drei Jahren) die öffentlichen Ausgaben als Anteil des Bruttoinlandsproduktes um 50% im Vergleich zu 1995 zu erhöhen. Doch die kommunalen Entwicklungsräte weisen auf weiterhin signifikante Ungleichgewichte und Klüfte in Qualität und Flächendeckung hin, die vornehmlich die arme Bevölkerung und somit zum Grossteil die indigene und die in ländlichen Gegenden lebende betreffen.

Das gleiche BIP-Steigerungsziel war für den Gesundheitssektor anvisiert. Doch selbst gegen Ende des Jahres 2003 haben lediglich 60% der Bevölkerung Zugang zu entsprechenden grundlegenden Versorgungseinrichtungen, so die Entwicklungsräte.

Ab 1997 sollten nicht weniger als 1,5% des Steuereinkommens der Förderung des Wohnungsbaus zugewiesen sowie ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm durchgeführt wer-

den. Aber genauso wenig wie dieses wurde das Ziel erreicht, zwischen 1997 und 2000 die Durchführung eines Investitionsplans für den öffentlichen Agrarsektor zu realisieren und Produktionsprojekte in Höhe von jährlich 200 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 25 Mio.) zu fördern.

Nach sieben Jahren bleibt das Wachstumsziel des BIP unerreichbar, obwohl einer der ersten in den Friedensverträgen festgesetzten Schritte die Einführung von entsprechenden wirtschaftspolitischen Massnahmen vorsah. Im Jahr 2003 betrug das BIP-Wachstumsziel laut der *Bank von Guatemala* 2,4%, für 2004 sind 2,5% vorgesehen, was noch nicht einmal der Hälfte des in den Verträgen festgesetzten entspricht.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Zielen verpflichtete sich die Regierung 1996 zudem zu Verfassungsreformen, die u. a. regulative Veränderungen im Arbeitssektor vorsahen. Dazu gehörten der Mindestlohn, die Lohnauszahlung, sowie Gesundheits-, Hygiene- und Umweltbedingungen, von denen die Mehrheit selbst drei Jahre nach geplantem Datum nicht verwirklicht wurden. Die wirtschaftliche Verlangsamung zu Beginn des neuen Jahrtausends lässt zusätzlich eine Stagnation in Bezug der Friedensverträge deutlich werden und die Hoffnung auf baldige grundlegende Veränderungen schwinden.

Einschätzungen von MINUGUA

Guatemala, 27. Dez. Tom Koenigs, Chef der UN-Mission für Guatemala, MINUGUA, erinnert in einem Interview in der Tageszeitung *Prensa Libre* die neue Regierung an ihre Verpflichtung gegenüber dem Frieden und der Vereinbarung, die bislang am wenigsten erfüllt wurde: die mit den indigenen Völkern.

Frage: Der am wenigsten erfüllte Punkt der Friedensverträge ist die gegenüber den indigenen Völkern. Wie sieht die Analyse von MINUGUA aus?

Koenigs: Dieses Übereinkommen stellt eine historische Herausforderung für Guatemala dar, denn in wenigen Ländern der Welt herrscht so eine starke Diskriminierung wie hier. Die Diskriminierung findet auf diversen Ebenen statt: auf der interpersonellen, der legalen - denn das Justizsystem ist ausschließlich von und für Ladin@s gemacht - sowie auf der institutionellen aufgrund der geringen indigenen Beteiligung. Auch auf der infrastrukturellen Ebene, denn in den hauptsächlich indigenen Regionen ist die Infrastruktur am unzureichendsten.

F: Was muss der Kongress, die Regierung, die Gesellschaft in der kommenden Regierungszeit angehen?

K: Das Problem löst sich nicht von allein. Es sind sowohl ein spezifisches Antidiskriminierungsgesetz als auch ein Katastergesetz notwendig, denn die indigenen Völker brauchen diese gesetzlich verankerten Rechte. Ich betone: das sind Gesetze und keine Geschenke. Die Regierung sollte Mechanismen entwerfen, um die Beteiligung und die Konsultation der indigenen Völker zu garantieren, das Programm der Entschädigungszahlungen für die Opfer des internen bewaffneten Konflikts in Angriff nehmen und die Infrastruk-

auszubauen

Wichtig ist, dass die Bemühungen von Seiten der ladinischen Bevölkerung kommen, so wie es in Südafrika und im Süden der USA war.

F: Andere der Arbeitsfelder von MINUGUA sind die Justiz und die Entmilitarisierung.

K: Die Priorität unserer MitarbeiterInnen im Landesinneren sind die Justiz und die Sicherheit. Der Staatsetat sollte bezüglich dem Zugang zur Gerichtsbarkeit und der Stärkung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) fokussiert werden. In Hinblick auf die Entmilitarisierung und der Stärkung der zivilen Kräfte muss mit der Auflösung des Militärs und der Schliessung von Stützpunkten weiter gemacht werden, so wie es mit der Rückgabe der Schule in Rabinal oder dem Fernsehkanal 5 und dem *Cremerfarbenen Haus* an die *Akademie der Maya-Sprachen* geschehen ist.

F: Was hat MINUGUA für 2004, ihrem letzten Jahr, vor?

K: Die Institution, die unsere Funktionen übernehmen wird, ist das Menschenrechtsprokurat (PDH). Wir werden in der kommenden Zeit mit der Fortbildung von 60 Freiwilligen (45 von ihnen sind Indigenas) fortfahren, damit sie die Rolle von MINUGUA im Staat oder in der Zivilgesellschaft weiterentwickeln können. Unsere Arbeit besteht in der Beratung der neuen lokalen und nationalen Autoritäten, wobei wir uns auf die Entmilitarisierung und die zivilen Kräfte konzentrieren werden. Die Aufgabe zu überwachen, dass der Staat die internationalen Abkommen in Bezug auf die Menschenrechte erfüllt, ist die des im Land kürzlich eröffneten UN-Hochkommissariats.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die ¡Fijate!-Redaktion wünscht Euch allen einen guten Start ins neue Jahr. Wir danken für Euer Interesse am ¡Fijate! und hoffen, Euch auch nächstes Jahr zu unseren AbonnentInnen zählen zu können.

Vielen Dank denjenigen Personen, die uns bei der Herausgabe des ¡Fijate! unterstützt haben und unterstützen - ein spezielles Dankeschön und die besten Wünsche gehen an Christian Hagmann für seine treue, nun pausierende „Pflegevaterschaft“ und unsere neu gewonnenen „Postboten“ und Abo-Verwalter in Deutschland und der Schweiz!

Die nächste Ausgabe des ¡Fijate! erscheint am 14. Januar 2004. Gleichzeitig werdet Ihr die Jahresrechnung für 2004 erhalten, mit der Bitte um baldige Begleichung. Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass es den ¡Fijate! auch als Mail-Abo gibt, was für Euch billiger und für uns arbeitssparend ist. Wer im nächsten Jahr auf die Mailversion umsteigen möchte (als pdf oder im Word-Format) teile uns dies bitte rechtzeitig mit, damit wir die Rechnung entsprechend ausstellen können.

Herzlichen Dank!

Barbara Müller und
Christiane Treack

